

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Wirtschaftsrevue. Ausgabe D. 1946-1950 1948**

45 (5.11.1948)

Ver einigen Tagen hat ein neues Bonum in Wirtschaftskreisen Deutschlands. Man sprach von einer gespaltenen Wirtschaft und meinte damit im Zuge einer Preisdebatte auf landwirtschaftlichem Gebiet die Unterschiede zwischen der Preisbildung der Agrarprodukte gegenüber denen der Industrieprodukte. Früher hat man diese Differenz die Preischere genannt, und man wollte damit zum Ausdruck bringen, es sei nicht richtig, wenn die Indizes für Agrarpreise unter denen der Industriepreise lägen, die Agrarpreise sollten vielmehr immer mit den Industriepreisen parallel laufen. Man leitete die Berechtigung zu dieser Forderung gar nicht ab, sondern unterstellte ein in unserer Zeit — sichtbar — selbstverständliches Gefühl der Gleichheit, was man auch leithin schnell als Gerechtigkeit suggestiv verstand. Nun ist gleich nicht dasselbe wie gerecht und für die Ungerechtigkeit der Ungleichheit der Menschen, sind die Menschen nicht verantwortlich, sondern ein Wesen, das wir nicht beneiden wollen, dessen Schöpfungen zu kritisieren wiederum nicht als gerecht empfunden werden kann. Wir müßten diesen kleinen Ausflug in die Philosophie machen, weil die Gleichheitsforderung moralisch begründet wurde.

Wirtschaftlich ist die Gleichheit nicht zu begründen; denn der Aufwand der Landwirtschaft ist nur zum Teil durch Kosten bedingt, die direkt oder indirekt von den Preisen der Industrieprodukte abhängen. Aber nicht nur vom Aufwand, sondern auch vom sozialpolitischen Aspekt her ist es nicht gerecht, die Preischere zu schließen, also eine vermeintliche Gerechtigkeit herzustellen. Nahrungsmittelpreise haben in der modernen Wirtschaftsentwicklung ein anderes Gewicht als Preise für Industrieprodukte. Insofern ist tatsächlich die Wirtschaft gespalten, weil ein primär unwirtschaftlicher Gesichtspunkt in die Beurteilung der Preisgestaltung für einen Teil der Wirtschaft eingreift — übrigens für jenen Teil, den man so wohl in der nationalökonomischen Literatur, als auch, was dasselbe ist, in der demokratischen Betrachtungsweise viel später in den Kreis der allgemeinen Wirtschaft einbezieht. Gegen diese Behauptung spricht nicht die historische Feststellung, daß sich die ersten Nationalökonomiker gerade mit dem Agrarproblem beschäftigt haben. Diese haben sich nur ihre Erkenntnisse auf dem Agrarsektor holen wollen, um sie dann zur Beurteilung der neu sich entwickelnden Wirtschaft, nämlich der Industrie, heranzuziehen. Schon damals merkte man sehr bald, daß dies zwei verschiedene Sektoren waren und die Erkenntnis aus dem einen nicht ohne weiteres auf den anderen übertragen werden konnte. Je nach Mentalität des Verfassers wurde dann der eine in das Produktionsfeld des andern geworfen und zu Tode geschrien. Die Beweismittel für die eine und die Phantasien für die andere waren es.

Die Schere konnte man nie erleben und gerade die Verdrängung durch den markantesten Faktor der Welt war die Gegenwart beständig. Man wird in Europa nie diese Schere erleben. Man hat sie in wesentlichen in Amerika geschloßen — wenn auch nicht ganz.

In Europa ist aber eine neue wertvolle Spaltung der Wirtschaft aufgetreten, mit der zu beschäftigen sich heute eher lohnt. Es ist zu der wirtschaftlichen Freiheit Markt- und Preisfreiheit auf der

VERGLEICHEN IN FRANZÖSISCHER UND ENGLISCHER SPRACHE.  
L'ECONOMIE CONTINENTALE  
CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW

## Scherben um den freien Markt

### Jugendliche für Wirtschaftsbürokratie — Welche Basis für den D-Mark-Wert? — Konkurrenzangst in England Exporthoffnung auf der 30-Cents-Klausel — Wieder Landflucht — Dunkle Stellen im Arbeitsrecht (S. 3)

Die ersten Feuerschriften der Währungsreform sind entworfen. Die Behauptung, die man mit der Währungsreform beabsichtigt, hat sich mehrfach in ihr Gegenteil verkehrt. Die umgibt gestrafften Sparrer sind brav und werden keine Feuerschriften ein. Aber junge Leute lassen sich gern dazu auflockern. Läden mit treuen Waren zu demolieren. Der Geld war noch immer eine Leidenschaft, die gelegentlich Feuerschriften einwirft, andererseits aber ein wichtiger Impuls im Wirtschaftslieben ist. Blicke man im Jargon derer, die in Stuttgart „gewirrt“ haben, so würde man sagen, so laut das Klirren der Scheiben war, so leise ritzte gleichzeitig der Kalk in Frankfurt. Diese Geldverhältnisse stehen durchaus in einem ursprünglichen Zusammenhang, wobei wir allerdings die Fronten anders ziehen, als die Stuttgarter „Hausväter“. Diese demonstrieren gegen Erhard und gegen die freie Preisbildung, während wir dafür sind. Wir demonstrieren gegen die Preisbevernehmung und Bewirtschaftung, weil sie der Wirtschaft nicht gerecht wird und einer verkalkulierten Bürokratie das Leben läßt. Die jungen Leute in Stuttgart entschieden sich für den Kalk, wir für eine junge lebendige Wirtschaft. So selbst wie die Inwege der Wirtschaft heute sind, so selbst auch die Preisbildung, aber es scheint, daß diese sich gegenseitig bedingt. So wird jetzt im Sinne der Jugend, und nicht der Erfahrung, wieder stärker bewirtschaftet. Einige Erklärungen sind bereits in den letzten Tagen lassen ein Wiederaufleben alter, längst überwunden gebliebener, Einrichtungen wahrnehmbar werden. Die Jugend will es, sie will nicht die eigene Bevormundung, aber die Bevormundung für die Wirtschaft. Es ist ihr Recht, inkongruent zu sein. Es ist auch ihr gutes Recht, Dummheiten zu machen und erst, wenn sie einmal reif ist, einzusehen, daß es falsch war. Man

nimmt das in der Pädagogik. Sich die Hörer selbst ablaufen. Wir dürfen aber darauf nicht warten, weil durch ein Wiederaufleben der Bewirtschaftung und der Preiskontrolle ein wirtschaftlicher Zustand erreicht wird, den wir nicht brauchen können, der den Wiederaufbau unserer Wirtschaft gefährdet. Im übrigen verlangen wir Preisfreiheit. Man hat ausdrücklich bei der Währungsreform erklärt, daß diese Geldreform nur gleichzeitig mit der Freigabe der Bewirtschaftung Erfolg haben könne. Wenn man heute wieder stärker in die Bewirtschaftung gehen will, dann beschränkt man sich selbst.

Es können noch andere Gesichtspunkte hinzu. Zweierlei Preise und zweierlei Vertriebsarten (Verteilung und freier Handel) sind wieder gefragt, die Wettbewerbsverhältnisse im Export klarzustellen, noch volutarische Festlegungen für die DM zu erleichtern.

Beide Gesichtspunkte sind im Moment wieder aktuell. Von seiten der britischen Textilindustrie ist erklärt worden, daß Deutschland und England auf diesem Gebiet wieder in einen ernsthaften Wettbewerb auf den Auslandsmärkten getreten seien. Die Engländer haben dabei nicht ohne Spitz zu stellen versucht, daß die deutsche Industrie auf dem Schweizer Markt Herrschaft erringt, die aus amerikanischer Wolle hergestellt sind, zu Preisen anbieten, die um die Hälfte niedriger seien als die englischen Preise. (Nebenbei England beklagt sich auch regelmäßig über die japanische Konkurrenz.) Jedoch sollte man sich noch in Deutschland ruhig anhören und bedenken, was die Engländer für Konsequenzen aus diesem Wettbewerb ziehen: Sie halten es für notwendig, zu dem privaten Aufkauf der Rohstoffe für die Textilfabriken zurückzukehren, damit sie im internationalen Wettbewerb bestehen können. Diese Betonung der privaten Initiative sei den Herren im Stammschiff geschrieben, die in Deutschland sich noch nicht daran gewöhnen können.

Der zweite oben erwähnte Grund für einen einheitlichen, klaren und freien Markt sind die internationalen Beratungen über eine Weltwährung, die in diesen Tagen in Athen auf einem internationalen Kongress besprochen wurde. Da man sich dort, im Gegensatz zu manchen anderen der internationalen Kongresse ziemlich weitgehend einig wurde, könnte es immerhin möglich sein, daß diese Bestrebungen sehr schnell vorwärts kommen, die darin gipfeln, den freien Goldverkehr wieder in Gang zu bringen und eine internationale Währung zu konstituieren. Jedoch auch wenn man glaubt, daß dies noch lange dauert, ist für uns in Deutschland die Festsetzung des Wert-

verhältnisses der DM zu ausländischen Währungen heutzutage geworden. Alle Erklärungen von höchster Stelle, daß man an der Relation 1 DM = 30 Cents festhalten will, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieses Wertverhältnis weder günstig, noch richtig ist. Wie soll man aber eine richtige Wertverhältnisse finden, wenn jetzt wieder stärker bewirtschaftet und preis kontrolliert wird und immer weiter mindestens zwei Preise für das gleiche Produkt bestehen?

Professor Erhard erklärte kürzlich, daß der deutsche Export im nächsten Vierteljahr einen außerordentlichen Auftrieb erhalten werde. Das wollen wir hoffen und es besteht tatsächlich Aussicht, daß sich diese Hoffnungen erfüllen. Wenn sich diese Entwicklung trotz der 30-Cents-Klausel zeigt, dann um so besser, und wir wollen dann gerne unsere Bedenken zurückstellen. Es liegen uns aber genug Bedenke und Stellungnahmen vor, die behaupten, der Wert der DM sei in der 30-Cents-Klausel zu hoch angesetzt. Prof. Erhard kann recht haben, wenn er sich für diese Klausel einsetzt und behauptet, sie schaffe das richtige Maß für ein gesundes Konkurrenzgeschäft auf dem Weltmarkt. Vielleicht meint er, daß mit dieser Klausel die Einwände die, wie oben bemerkt, von England und auch von anderen Ländern kommen, an sich zurückgeworfen werden können. Dies wäre überhaupt der einzige Gesichtspunkt, nach unserer Meinung, sich für die Beibehaltung der 30-Cents-Klausel zu entscheiden — so schwer es auch für manche deutsche Exportindustrie sein mag.

### Wieder Landflucht

Gerade die Behauptung des Exports, daß der Wert der DM in der innerdeutschen Wirtschaft noch vorhanden

wech bestehen können. Diese Betonung der privaten Initiative sei den Herren im Stammschiff geschrieben, die in Deutschland sich noch nicht daran gewöhnen können.

Der zweite oben erwähnte Grund für einen einheitlichen, klaren und freien Markt sind die internationalen Beratungen über eine Weltwährung, die in diesen Tagen in Athen auf einem internationalen Kongress besprochen wurde. Da man sich dort, im Gegensatz zu manchen anderen der internationalen Kongresse ziemlich weitgehend einig wurde, könnte es immerhin möglich sein, daß diese Bestrebungen sehr schnell vorwärts kommen, die darin gipfeln, den freien Goldverkehr wieder in Gang zu bringen und eine internationale Währung zu konstituieren. Jedoch auch wenn man glaubt, daß dies noch lange dauert, ist für uns in Deutschland die Festsetzung des Wert-

### Wieder Landflucht

Gerade die Behauptung des Exports, daß der Wert der DM in der innerdeutschen Wirtschaft noch vorhanden

## Sicherung gegen Abwertung

immer wieder erhalten wir Anfragen von Lesern, wie man sich gegen eine eventuelle Währungsverschlechterung schützen könnte. Daß wir solche Anfragen bekommen, ist nicht erstaunlich, aber wir können die Sorgen verstehen, insbesondere weil jeder, der ein getrautes Kind das Feuer fürchtet. Obwohl wir von Keinerseits der Meinung sind, daß diese Bedenken berechtigt sind, wollen wir doch einige Möglichkeiten aufzeigen, die einem besorgten Menschen eine gewisse Beruhigung geben.

### Indexklausel oder eine Klausel, die den Kurs einer ausländischen Währung als Maßstab benutzte.

Nach dieser Richtung hin ist also jeder Weg versperrt.

Es bleiben nun Verträge übrig, die, ohne eine Umgehung dieses Gesetzes zu bedeuten, eine gewisse Sicherheit vor einer möglichen Abwertung der Währung geben. Wir wollen hier nur zwei Fälle behandeln. Erstens: wie können sich zwei Vertragspartner, die eine gemeinsame Leistung erstellen wollen, gegenseitig davor schützen, daß der eine Partner den anderen später einmal mit schlechterem Geld — diese Voraussetzung müssen wir bei dieser juristischen Behandlung oben unterstellen — überfallen kann. Nehmen wir an: Schuldner B. will ein Haus bauen und leiht sich dafür vom Gläubiger G. Geld. Eine hypothekarische Sicherung würde ja nur eine Forderung in D-Mark mit sich bringen, was G. gerade vermeiden will. Außerdem bringt wahrscheinlich der Lastenausgleich für die Hypotheken besondere Bestimmungen, die man heute noch nicht übersehen kann, wie überhaupt heute alle diese juristischen Überlegungen insofern in der Luft hängen, als man kommende Gesetze, vor allem Dingen den Lastenausgleich, nicht berücksichtigen kann — eines unserer vielen Beispiele für die bedauerliche Rechtsunsicherheit, in der wir uns befinden.

### Rheinverkehr gegen 1947 ver doppelt

In den ersten neun Monaten d. J. hat sich der Schiffverkehr auf dem Rhein im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Bis Ende September wurden in diesem Jahre 12,1 Mill. t Güter befördert (Vorjahr 7,1 Mill. t). Später, Ende Oktober und Anfang November, wird die Beförderung auf 14,1 Mill. t im ganzen Jahre 1947.

### Das Güterwagenprogramm

Frankfurt. Im Rahmen des Güterwagenprogramms wurden bis Ende Oktober in der Doppelreihe 738 neue Güterwagen fertiggestellt.

### Oktoberförderung: 7,85 Mill. t

Essen. Im Oktober sind nach einer vorläufigen Feststellung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung 7,85 Mill. t Steinkohle im Ruhrgebiet gefördert worden. Die durchschnittliche arbeitsmäßige Förderung betrug 202.000 t gegenüber 201.000 t im Vormonat. Bei annähernd gleichbleibender Beschäftigungszahl ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Untertagearbeiter auf Kosten der Übertagearbeiter erhöht wurde. Die Zahl der übrigen Beschäftigten geht von 13,6% im September auf 12,7% zurück. Die Wagnersstellung für den Abtransport der Kohle erhöhte sich von 18.000 auf 15.700 im gleichen Zeitraum.

### Stahlerzeugung weiter gestiegen

Düsseldorf. Die Eisen- und Stahlerzeugung ist nach den vorläufigen Berechnungen des Amtes für Stahl und Eisen

irgend eine Indexklausel oder eine Klausel, die den Kurs einer ausländischen Währung als Maßstab benutzte. Nach dieser Richtung hin ist also jeder Weg versperrt.

### Indexklausel oder eine Klausel, die den Kurs einer ausländischen Währung als Maßstab benutzte.

Nach dieser Richtung hin ist also jeder Weg versperrt.

Es bleiben nun Verträge übrig, die, ohne eine Umgehung dieses Gesetzes zu bedeuten, eine gewisse Sicherheit vor einer möglichen Abwertung der Währung geben. Wir wollen hier nur zwei Fälle behandeln. Erstens: wie können sich zwei Vertragspartner, die eine gemeinsame Leistung erstellen wollen, gegenseitig davor schützen, daß der eine Partner den anderen später einmal mit schlechterem Geld — diese Voraussetzung müssen wir bei dieser juristischen Behandlung oben unterstellen — überfallen kann. Nehmen wir an: Schuldner B. will ein Haus bauen und leiht sich dafür vom Gläubiger G. Geld. Eine hypothekarische Sicherung würde ja nur eine Forderung in D-Mark mit sich bringen, was G. gerade vermeiden will. Außerdem bringt wahrscheinlich der Lastenausgleich für die Hypotheken besondere Bestimmungen, die man heute noch nicht übersehen kann, wie überhaupt heute alle diese juristischen Überlegungen insofern in der Luft hängen, als man kommende Gesetze, vor allem Dingen den Lastenausgleich, nicht berücksichtigen kann — eines unserer vielen Beispiele für die bedauerliche Rechtsunsicherheit, in der wir uns befinden.

### Rheinverkehr gegen 1947 ver doppelt

In den ersten neun Monaten d. J. hat sich der Schiffverkehr auf dem Rhein im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Bis Ende September wurden in diesem Jahre 12,1 Mill. t Güter befördert (Vorjahr 7,1 Mill. t). Später, Ende Oktober und Anfang November, wird die Beförderung auf 14,1 Mill. t im ganzen Jahre 1947.

### Das Güterwagenprogramm

Frankfurt. Im Rahmen des Güterwagenprogramms wurden bis Ende Oktober in der Doppelreihe 738 neue Güterwagen fertiggestellt.

### Oktoberförderung: 7,85 Mill. t

Essen. Im Oktober sind nach einer vorläufigen Feststellung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung 7,85 Mill. t Steinkohle im Ruhrgebiet gefördert worden. Die durchschnittliche arbeitsmäßige Förderung betrug 202.000 t gegenüber 201.000 t im Vormonat. Bei annähernd gleichbleibender Beschäftigungszahl ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Untertagearbeiter auf Kosten der Übertagearbeiter erhöht wurde. Die Zahl der übrigen Beschäftigten geht von 13,6% im September auf 12,7% zurück. Die Wagnersstellung für den Abtransport der Kohle erhöhte sich von 18.000 auf 15.700 im gleichen Zeitraum.

### Stahlerzeugung weiter gestiegen

Düsseldorf. Die Eisen- und Stahlerzeugung ist nach den vorläufigen Berechnungen des Amtes für Stahl und Eisen

irgend eine Indexklausel oder eine Klausel, die den Kurs einer ausländischen Währung als Maßstab benutzte. Nach dieser Richtung hin ist also jeder Weg versperrt.

### Indexklausel oder eine Klausel, die den Kurs einer ausländischen Währung als Maßstab benutzte.

Nach dieser Richtung hin ist also jeder Weg versperrt.

Es bleiben nun Verträge übrig, die, ohne eine Umgehung dieses Gesetzes zu bedeuten, eine gewisse Sicherheit vor einer möglichen Abwertung der Währung geben. Wir wollen hier nur zwei Fälle behandeln. Erstens: wie können sich zwei Vertragspartner, die eine gemeinsame Leistung erstellen wollen, gegenseitig davor schützen, daß der eine Partner den anderen später einmal mit schlechterem Geld — diese Voraussetzung müssen wir bei dieser juristischen Behandlung oben unterstellen — überfallen kann. Nehmen wir an: Schuldner B. will ein Haus bauen und leiht sich dafür vom Gläubiger G. Geld. Eine hypothekarische Sicherung würde ja nur eine Forderung in D-Mark mit sich bringen, was G. gerade vermeiden will. Außerdem bringt wahrscheinlich der Lastenausgleich für die Hypotheken besondere Bestimmungen, die man heute noch nicht übersehen kann, wie überhaupt heute alle diese juristischen Überlegungen insofern in der Luft hängen, als man kommende Gesetze, vor allem Dingen den Lastenausgleich, nicht berücksichtigen kann — eines unserer vielen Beispiele für die bedauerliche Rechtsunsicherheit, in der wir uns befinden.

### Rheinverkehr gegen 1947 ver doppelt

In den ersten neun Monaten d. J. hat sich der Schiffverkehr auf dem Rhein im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Bis Ende September wurden in diesem Jahre 12,1 Mill. t Güter befördert (Vorjahr 7,1 Mill. t). Später, Ende Oktober und Anfang November, wird die Beförderung auf 14,1 Mill. t im ganzen Jahre 1947.

### Das Güterwagenprogramm

Frankfurt. Im Rahmen des Güterwagenprogramms wurden bis Ende Oktober in der Doppelreihe 738 neue Güterwagen fertiggestellt.

### Oktoberförderung: 7,85 Mill. t

Essen. Im Oktober sind nach einer vorläufigen Feststellung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung 7,85 Mill. t Steinkohle im Ruhrgebiet gefördert worden. Die durchschnittliche arbeitsmäßige Förderung betrug 202.000 t gegenüber 201.000 t im Vormonat. Bei annähernd gleichbleibender Beschäftigungszahl ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Untertagearbeiter auf Kosten der Übertagearbeiter erhöht wurde. Die Zahl der übrigen Beschäftigten geht von 13,6% im September auf 12,7% zurück. Die Wagnersstellung für den Abtransport der Kohle erhöhte sich von 18.000 auf 15.700 im gleichen Zeitraum.

### Stahlerzeugung weiter gestiegen

Düsseldorf. Die Eisen- und Stahlerzeugung ist nach den vorläufigen Berechnungen des Amtes für Stahl und Eisen

irgend eine Indexklausel oder eine Klausel, die den Kurs einer ausländischen Währung als Maßstab benutzte. Nach dieser Richtung hin ist also jeder Weg versperrt.

### Indexklausel oder eine Klausel, die den Kurs einer ausländischen Währung als Maßstab benutzte.

Nach dieser Richtung hin ist also jeder Weg versperrt.

Es bleiben nun Verträge übrig, die, ohne eine Umgehung dieses Gesetzes zu bedeuten, eine gewisse Sicherheit vor einer möglichen Abwertung der Währung geben. Wir wollen hier nur zwei Fälle behandeln. Erstens: wie können sich zwei Vertragspartner, die eine gemeinsame Leistung erstellen wollen, gegenseitig davor schützen, daß der eine Partner den anderen später einmal mit schlechterem Geld — diese Voraussetzung müssen wir bei dieser juristischen Behandlung oben unterstellen — überfallen kann. Nehmen wir an: Schuldner B. will ein Haus bauen und leiht sich dafür vom Gläubiger G. Geld. Eine hypothekarische Sicherung würde ja nur eine Forderung in D-Mark mit sich bringen, was G. gerade vermeiden will. Außerdem bringt wahrscheinlich der Lastenausgleich für die Hypotheken besondere Bestimmungen, die man heute noch nicht übersehen kann, wie überhaupt heute alle diese juristischen Überlegungen insofern in der Luft hängen, als man kommende Gesetze, vor allem Dingen den Lastenausgleich, nicht berücksichtigen kann — eines unserer vielen Beispiele für die bedauerliche Rechtsunsicherheit, in der wir uns befinden.

### Rheinverkehr gegen 1947 ver doppelt

In den ersten neun Monaten d. J. hat sich der Schiffverkehr auf dem Rhein im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt. Bis Ende September wurden in diesem Jahre 12,1 Mill. t Güter befördert (Vorjahr 7,1 Mill. t). Später, Ende Oktober und Anfang November, wird die Beförderung auf 14,1 Mill. t im ganzen Jahre 1947.

### Das Güterwagenprogramm

Frankfurt. Im Rahmen des Güterwagenprogramms wurden bis Ende Oktober in der Doppelreihe 738 neue Güterwagen fertiggestellt.

### Oktoberförderung: 7,85 Mill. t

Essen. Im Oktober sind nach einer vorläufigen Feststellung der deutschen Kohlenbergbauverwaltung 7,85 Mill. t Steinkohle im Ruhrgebiet gefördert worden. Die durchschnittliche arbeitsmäßige Förderung betrug 202.000 t gegenüber 201.000 t im Vormonat. Bei annähernd gleichbleibender Beschäftigungszahl ist zu berücksichtigen, daß die Zahl der Untertagearbeiter auf Kosten der Übertagearbeiter erhöht wurde. Die Zahl der übrigen Beschäftigten geht von 13,6% im September auf 12,7% zurück. Die Wagnersstellung für den Abtransport der Kohle erhöhte sich von 18.000 auf 15.700 im gleichen Zeitraum.

### Stahlerzeugung weiter gestiegen

Düsseldorf. Die Eisen- und Stahlerzeugung ist nach den vorläufigen Berechnungen des Amtes für Stahl und Eisen

## Mißbrauchtes Vertrauen

Die Fleischbeschaffung und die Fleischpreise sind weiter Gegenstand erregter Debatten. Wir sagen, als die Fleischpreise amtlich schätz wurden, daß man die Preise noch weiter amtlich steigern müsse. Wir glauben allerdings nicht, daß schon so bald unsere Prozesse in die Nähe der Tatsachen kommt. Es hängt zunächst klein an: Die Schlachthöfe arbeiten mit Defizit; zur Deckung dieses Defizits sollen die Gebühren erhöht werden, und zwar in einem Ausmaß, daß das Kilo Fleisch mit bis zu 8 Pfennigen neu belastet werden soll. Auch die Bauern sind unzufrieden. Die Bauernverbände haben sich schweren Herzens zur weiteren Bewirtschaftung bereit erklärt, aber die Maßnahmen nicht genehmigt. Die Bauern fordern eine weitere Angleichung der Nahrungsmittelpreise an die Preise der gewerblichen Wirtschaft. Der Viehhändler wendet sich gegen die Diktatur der Frankfurter Bürokratie und gibt allein den Behörden die Schuld an der gefährlichen Entwicklung. Man spricht von einer gespaltenen Wirtschaft, ein Begriff, mit dem wir uns an anderer Stelle dieses Blattes auseinandersetzen.

Nun ist ein neuer Plan aufgetaucht: Man will das allgemeine Ablieferungsoll im Getreide wegfallen lassen, bestimmte Ablieferungsquoten für einzelne Erzeugnisse, zum Beispiel Fleisch, Butter und Getreide festsetzen, und es den Bauern gestatten, die Erträge, die sie über dieses Ablieferungsoll hinaus erwirtschaften, zu höheren Preisen frei abzusetzen. Dieser Vorschlag ist nicht neu, aber schon wesentlich veränderlicher als das erste Geodret nach dem Staatsanwaltschaft. Daß weder dieser Schritt noch amtliche Regelungen etwas geändert haben, wird bereits eingeleitet.

Es wurde vor einigen Tagen auf einer Generalversammlung festgestellt, daß weder die Währungsreform noch die neuen amtlichen Preisverordnungen die erwartete höheren Ablieferungen bewirkt haben. Unsere Leser wissen, daß wir die erhöhte Ablieferung für nicht erwartet haben, weil sie nicht zu erwarten sind.

Im übrigen stimmt diese Feststellung nur bedingt. In den ersten Wochen nach der Währungsreform sind tatsächlich die Ablieferungen gestiegen. Wir haben

dafür gelegentlich Zahlen veröffentlicht, aber das Vertrauen ist mißbraucht worden, und zwar sowohl nach der monetären Seite wie nach der Seite der Auszahlungstechnik hin. Wir haben bedenkliche Berichte vorgelesen, aus denen hervorgeht, daß die Bauern kein Vertrauen zur DM haben und das für Obst und Wein verdrängt. Geld, soweit es nicht für Maschineneinkäufe ausgegeben, nicht etwa sparen, sondern entweder zu Konsumzwecken ausgeben, oder auf neue in Getreide umzuwandeln, die sie im Moment gar nicht brauchen, anlegen. Auch die Abrechnungstechnik läuft nicht wie gewünscht. Es dauert so lange bis die Bauern ihren Gegenwert erhalten —, und nun kommt ein drittes Mißtrauen: Man glaubt nicht mehr daran, daß es bei den jetzt festgesetzten Ablieferungsquoten bleibt. Die Mißtrauen ist sogar begründet durch Vorfälle, die uns bekannt geworden sind. Sobald ein Bauer zeigt, daß er mehr abliefern kann, als sein Soll ausmacht, besteht die Gefahr, daß die Solls erhöht werden. Das sind autoritäre, aber keine demokratischen Wirtschaftsmethoden. (Als Alkoholdeser sind sie auf anderem Gebiet unerbittlich bekannt.) So kommt man den Schwarzschätzungen und der geheimen Zerriffage nicht bei. Es ist nicht Sache des Staates, die Staatsanwaltschaft in Arbeit und Brot zu setzen, sondern Vertrauen in die Währungs- und Wirtschaftspolitik zu schaffen.

## In dieser Nummer

- Die Neuordnung in Stahl und Kohle
- Wiederaufbau der Eisen- und Stahlindustrie
- Bayerische Industrieproduktion steigt
- Bilanzverluste auf „Schon-Wetter“
- Britische Weltmarkt-Hoffnungen
- Frankreich: Anfang vom Ende des Streiks
- Sinkende Preise in den USA
- Neue Erfindungen
- Falsche Gerüchte um den Schilling
- Veränderliche Steuerbelastung der Körperschaften

einen Seite eine ähnliche Verteilungs- und Preisbildung auf der anderen getreten, die uns heute in Deutschland am meisten beschäftigt, und es ist nach dem Ganzen verständlich, daß die Preis für Agrarprodukte sind, die sowohl nach der Mentalität als auch nach der Notwendigkeit hin (vielleicht hängt beides stärker miteinander zusammen, als wir überhaupt wahr haben wollen) zu der amüßlichen Seite gehören. Spinnen wir diesen Faden satologisch weiter, dann wird uns auch klar, warum Kohle und Eisen dazu gehören; denn diese sind zurecht in den sozialpolitischen Aspekt gezogen, der bisher dem Agrarsektor vorbehalten war (so und nicht von den marxistischen Ideologen und die Sozialistenbestrebungen in Kohle und Eisen zu verstehen, siehe England). Es scheint also doch diese Spaltung nur mit einer gewissen Erweiterung zu sein wie früher. Und doch ist die Situation anders.

Die Einbeziehung von Kohle und Eisen, unter einem weiteren Gesichtspunkt auch der Meile, ist nicht eine Erweiterung, sondern eine Veränderung. Haben wir uns mit diesem Gedanken vertraut gemacht, dann sieht die Spaltung heute anders und wesentlich klarer, vor allem wesentlich weniger wirtschaftsrechtlich aus, als die naturgesetzliche Spaltung zwischen dem Agrarsektor und den übrigen Wirtschaftszweigen heraus. Die eine Betrachtungsweise sagt: Wenn die Ware knapp wird, steigen die Preise, um das Angebot anzupassen. Die andere Betrachtungsweise sagt: Wenn die Preise steigen, muß die Ware aus dem Markt herausgenommen und verteilt werden. In diesem Prozeß stehen wir gegenüber. Weil die Preise für Meile stark gestiegen sind, will man sie wieder bewirtschaften. Die Düsseldorf-Preisüberwachungsstelle verlangt einen Wiedereintritt der Preisfreie und die Rückkehr zur Preiskontrolle für Holz, weil die Preise erheblich gestiegen seien. Ist von einer bewirtschafteten Ware genug vorhanden, so spricht man wie dieser Tage in München, von der Möglichkeit, die Bewirtschaftung der Textilien zum Jahresende aufzuheben.

Der Staat spaltet also nach eigenen Grundsätzen die Wirtschaft und errichtet sich mit einem Teil der Wirtschaft einen eigenen Staat im Staate, den er mit hohen Mäuren — um die Zuchthausstraßen — zu schützen versucht. Man sieht aber aus den gegebenen Beispielen, daß es sich hier nur um ein Fluktuieren handelt. Mit der nächsten Entwicklung unserer Wirtschaft wird auch die Planungsmentalität nachlassen, diese Hinsicht in die Bewirtschaftung — hinaus aus der Bewirtschaftung aufzuheben und diese Spaltung ein Ende haben. Wir haben es für möglich, daß man aus diesen Erfahrungen soviel gewonnen hat, um in einer kommenden Zeit auch die urbane Spaltung zwischen Agrar- und Industriezweigen wenigstens erheblich zu vermindern, wenn auch nicht auf dem sinnigen Weg der Angleichung der Preispolitik, sondern auf dem Weg, der sich schon in letzten Jahrzehnten bemerkbar machen konnte, der relativen Verrechnung des Produktes, die den Anteil der Nahrungsmitel am Ausgabenposten des einzelnen im Zuge der Einkommensverteilung nicht übermäßig vermindern wird. Dann können die Agrarpreise auf eine für die Landwirtschaft rentable Höhe steigen, ohne durch den sozialpolitischen Aspekt belastet zu sein. Damit würde auch der letzte Pfeiler für diesen Ansatz fallen. Damit ist aber nicht die letzte Spaltung gefallen, sondern die neue blüht: Kohle und Eisen werden nie mehr frei von amtlicher Bevormundung sein, nicht aber aus Gründen der Sozialpolitik, sondern der unpolitischen Machtpolitik!

**Wirtschaftsstellen für Metalle**  
Frankfurt, Bei der Verwaltung für Wirtschaft ist die Errichtung einer Wirtschaftsstelle für Metalle geplant. Begründet wird diese Maßnahme mit der Aufrechterhaltung der Bewirtschaftung vom Import abhängiger Metalle. Die Aufgaben dieser Wirtschaftsstellen werden in der Importbetriebsverwaltung in der Ausübung von Bewirtschaftungsmaßnahmen und in der Verteilung der Metalle bestehen.

**Eisenbahn weiter liquide**  
Nach einer Mitteilung der Hauptverwaltung für Eisenbahnen in Frankfurt ist die Liquidität der Reichsbahn durch einen Kredit für die nächste Zeit gesichert. Meldungen, nach denen die Reichsbahn nur noch bis Ende November liquide und Geldgeber suchen könnte, treffen nach dieser Mitteilung nicht zu.

**Opel von Vermögenskontrolle frei**  
Die Vermögenskontrolle über die Opelwerke in Rüsselsheim wurde mit Wirkung vom 1. November aufgehoben. Die Werke werden jetzt wieder von den General Motors Corp. des früheren Eigentümers betrieben. Die General Motors wollen in den Opelwerken im Jahre 1948 25 000 bis 30 000 Personen und Lastkraftwagen herstellen.

# Die Neuordnung in Stahl und Kohle

in unseren Korrespondenzen im Ruhrrevier

Essen, Anfang November 1948. Man kann sagen, daß der Kommissionsbericht der VEW über die wirtschaftlichen Folgen der Einführung der Eisenbahnen in die Industrie der jüngst vorgelegt worden ist, offene Türen aufgedeckt hat. Denn in den letzten Monaten ist in der Öffentlichkeit aus sehr konkreten Wahrnehmungen die Erkenntnis erwachsen, daß die Konzernsetzung mindestens über das Ziel hinausgeschossen ist, daß sie zu einer Verengung der Unwirtschaftlichkeit der Eisenwerke und unüberwindlichen Hindernissen im Außenhandel führt und daß die darüber hinaus bestehenden rechtlichen Mängel aufweist. Und das eben ist es, was der Kommissionsbericht im einzelnen untersucht, darlegt und feststellt. Er sieht zwar aus seiner Beweisführung keine Folgerungen, insofern als er darauf verzichtet, Vorschläge für eine Neuorganisation der Eisen- und Stahlindustrie zu machen. Aber seine Überlegungen deuten in dieser Hinsicht die allgemeine Richtung an.

**Neue Gesellschaften**  
Zur selben Zeit, in der diese Denkschrift im Ruhrrevier zirkuliert, wird auch die Erkenntnis des Scheiterns der Einführung vertrieben, werden erste Maßnahmen über das Überbrückungsplan bekannt, den die Generalis Clay und Robertson sowohl im Kreis der deutschen Kohlen-Bergbau-Leitung in Essen als auch im Lager der Eisen- und Stahlindustrie in Düsseldorf angeknüpft haben. Demnach ist die Erkenntnis gewonnen worden, daß die Zerstückelung der mannigfachen Vertriebsgesellschaften wieder gut gemacht werden muß. Man rechnet, wie das früher in Kreisen der Eisen- und Stahlindustrie und der Gewerkschaften bereits für notwendig erkannt worden ist, mit einer Verbindung der Hütten mit den Zechen und auf der anderen Seite mit einer ersten verarbeitenden Stufe. Während in dem Bericht der amerikanischen Stahlkommission offenbar die Neubildung von etwa sechs Gesellschaften auf vertikaler Basis vorgesehen war, scheint man nunmehr an eine Restrukturierung bis auf 13 bis 14 Gesellschaften zu denken, von denen eine jede eine Produktion von rund einer Million t Rohstahl haben würde. Die Bestimmungswörter würden noch nicht endgültig geregelt, sondern blieben weiterhin der Entscheidung der westdeutschen Volkerverwaltung vorbehalten. Bisher ist bei den entfallenden Werken der Einfluß der Gewerkschaften durch die Schaffung des Postens des Betriebsleiters und durch den sich steigernden Einfluß des Betriebsrates gewährleistet. Da General Clay in Essen zum Ausdruck brachte, daß die Überbrückungsmaßnahmen die Gewerkschaften zu wenig zufrieden würden, rechnet man damit, daß ein vermehrter Einfluß der Gewerkschaften miteinander wird. Ob man bedenken kann, eine Einbeziehung der Gewerkschaften im Aufsichtsrat vorgesehen ist, steht sehr in Frage, trotzdem es von

Gewerkschaften angestrebt wird. Es handelt sich hierbei, erheblich um eine Persönlichkeitsfrage, denn es ist durchaus denkbar, daß sich auch für den Aufsichtsrat geeignete Persönlichkeiten innerhalb der Gewerkschaften finden lassen, wie sie auch für den Posten des Betriebsleiters zur Verfügung gestellt werden können. Allerdings ist man noch nicht, wie das oben angeführte Denkschrift feststellt, im Besitz der notwendigen Erfahrungen. Ke man mit dem Betriebsleiter gemacht hat, der Plan, der übrigens sein amerikanisches Pendant ist, mit dem englischen Regierung, den Gewerkschaften, der Deutschen Kohlen-Bergbau-Leitung und der deutschen Eisenindustrie vorgelegt werden.

## Was wird aus Treuhandverwaltung und Amt für Stahl und Eisen?

In Verbindung mit der Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie wird die Treuhandverwaltung offenbar keineswegs verschwinden. Wie sie sukzessive geschäftlich tätig sein wird, steht zur Zeit noch in den Sternen. Die Einrichtung der Konzernverwaltung mit gleicher Eingabe an die Ausarbeitung der Zusammenfassung von Kohle und Eisen und der Wiederherstellung der Verbundwirtschaft, in wie weit die Deutsche Kohlen-Bergbau-Leitung von der Heranziehung einer Reihe von Zechen in die neuen Gesellschaften berührt wird, muß demnächst festgestellt werden. Diese Aufgabe mag genügend um zu zeigen, weshalb die Schwierigkeiten bei der Zusammenfassung einer gesunden Verbundwirtschaft beseitigt werden müßten. Zur Rechtfertigung der Treuhandverwaltung im übrigen festgesetzt, daß die Herausnahme der Zechen aus den Konzernen von britischer Seite vorgenommen wurde, während die selbst nur mit der Beteiligung der sogenannten „Machtsamkeit“ beauftragt war.

Es soll in diesem Zusammenhang die Feststellung des Kommissionsberichts nicht außer acht gelassen werden, daß dem Leiter der Treuhandverwaltung zugebilligt werden müssen, er habe unter ungünstigen Umständen eine ungeliebte, aber schwierige Aufgabe energiegelad erfüllt und sich dabei von seiner besten Überzeugung leiten lassen. Daß auch das Amt für Stahl und Eisen von der bevorstehenden neuen Entwicklung nicht unberührt bleiben wird, liegt auf der Hand, mehr noch allerdings wird es im Zuge der Beseitigung der Zwangsbeziehung, die auch für Eisen und Stahl früher und später beseitigt werden muß, und der Einwirkung der Wirtschaftstellen, allmählich zum Verschwinden kommen. Allerdings pflegen beherrschende Dienststellen am liebsten zu bleiben, und sie werden es auch, neue Aufgabenbereiche hineinzu zu erhöhen.

## Unternehmer und Gewerkschaften

Als günstig für die bevorstehende Neuordnung ist es anzusehen, daß zwischen Unternehmern und Gewerk-

schaften zur Zeit die Atmosphäre des Willens zum vernünftigen Zusammenarbeiten vorhanden ist. Das hat sich u. a. auch bei den letzten Lohnverhandlungen gezeigt, bei denen auf beiden Seiten das erforderliche Verständnis zu einer tragbaren Regelung geführt hat. Man darf annehmen, daß die besprochenen Besprechungen zwischen den Gewerkschaften und Vertretern der Eisen- und Stahlindustrie über eine sinnvolle Mitbestimmung der Gewerkschaften erfolgreich verlaufen werden. So steht man denn auch von diesen Gesichtswinkeln her betrachtet der kommenden Entwicklung der Organisationsform der Eisenindustrie mit ruhiger Zuversicht entgegen.

## Ferngasförderung verliert SM-Stahl-Erwartung

Die zur Sicherstellung des 6-Milli.-Rohstoffplans für den IV. Quartal vorgesehene tägliche Zuteilung von 7,5 Mill. cbm Ferngas an die Eisen- und Stahlindustrie ist von der Verwaltung für Wirtschaft um 1 Mill. cbm/Tag gekürzt worden. Dieser Schritt von 30 Mill. cbm im Monat wirkt sich bei den auf Fremdbezug angewiesenen Stahl- und Walzwerken in außerordentlich produktionshemmender Weise aus. Durch die notwendig werdende Stilllegung von SM-Öfen wird sich eine fühlbare Einschränkung der SM-Stahlerzeugung ergeben, und die auf diese Weise bedingte relative Zunahme der Thonstahlproduktion würde durch die Abnahme der Eisenherzeugung bedingte Minderproduktion von Eisen und Erzeugnissen noch vergrößert. Die Ferngasförderung ist um so politischer, als sich viele Stahl- und Walzwerke dem Dingen der Ferngasförderung gegenüber ablehnend eingestellt haben, und sie wird als um so ungünstiger empfunden, als die Eisen- und Stahlindustrie heute anteilmäßig viel weniger Ferngas bezieht als früher. Im Hinblick auf die Notwendigkeit der

Aufrechterhaltung der bisherigen Stahl- und Walzwerkfertigung darf man erwarten, daß die Verwaltung für Wirtschaft die Aufhebung der Kürzung veranlassen wird. Die Werke und die Arbeiterschaft sehen der Entscheidung mit Spannung entgegen.

Die vorstehend gekennzeichnete Gefahr ist um so bedenklicher, als die Eisen- und Stahlindustrie bereits emp-

findlich unter den Stromabschaltungen zu leiden hat. So ist das bestmögliche Zurückbleiben der Walzwerkfertigung hinter der Rohstahlproduktion auf die letzten erfolgten Stromkürzungen zurückzuführen.

Der Exportkurs für Kugul-Gußbleim beträgt auf 43,50 Dollar je 1 t (1016 kg) erhöht werden.

## Scherben um den freien Markt

Fortsetzung von Seite 1

Tendenzen zu Arbeitsentlassungen entgegen. Trotzdem müssen hier ein paar Daten festgesetzt werden, die nicht unbedenklich sind. Wir greifen zwei heraus: 1. Die Eisenbahn ist durch ihre Finanzlage gezwungen, ihren Personalkörper bis zum 31. Dezember um 43 000 Köpfe zu vermindern (leider kann sie von den Personellen räumen, ablassen und diese nehmen 50% des Personalbestandes ein, wie wir in der vorigen Woche berichteten). Bei der Reorganisation der Reichsbahn, Kassel, werden 23% des gesamten Personals bis zum Jahresende aus dem Dienst ausscheiden. 2. Stellt das Landesamt Westfalen wohl als erstes fest, daß bereits wieder landwirtschaftliche Arbeitskräfte in finanziell günstigere Berufe abwandern. Selbst die neue Tarifordnung für Landarbeiter könnte diesen Abzug von agrarischen Fachkräften nicht wesentlich beeinflussen. Der Tarif scheint auch sehr ungenügend kalkuliert zu sein, denn sonst könnte es nicht vorkommen, daß die Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe, um Lohn zu sparen, verheiratete Arbeiter gegen ledige austauschen versuchen. Immerhin läßt sich allmählich feststellen, daß dieser westfälischen Einstellung schließen, daß die Tendenz zur Besserung in der Beschäftigung der Industrie anhält.

Auf dem Gebiet des Arbeitsrechts ist ebenfalls eine erfreuliche Besserung festzustellen. In der britischen Zone ist die Genesungspflicht des Arbeitnehmers bei Kündigungen für folgende Berufsgruppen aufgehoben worden:

Küchler (Bühnen-, Film- und Artisten), Besen- und öffentliche Angestellte der Gruppen I bis III, Ärzte, Zahnärzte und Apotheker. Außerdem hat sich Direktor Storch noch einmal für die Aufhebung des Lohnstopps und für die Freiheit des Arbeitsplatzwechsels eingesetzt. Das ist um so mehr verständlich, als von allen Teilen Deutschlands bereits wieder Meldungen über Neueinstellungen vorliegen. Das Baugewerbe steht dabei an der Spitze. Darüber folgt die Eisen-, Stahl- und Maschinenindustrie. Unübersichtliche soziale Probleme sind heute nur noch im Abbau der Behörden zu finden. Es könnte auch sein, daß wenn die Oktoberzahlen bekannt werden, die Zahl der entlassenen arbeitslosen Angestellten zugenommen hat.

## Länderbankenschein

Zum Schluß noch einen kurzen Hinweis auf den neuen Wochenkurs der Bank Deutscher Länder zum 15. Oktober. Der Notenaumlauf ist nur wenig gestiegen. Vom 7. Oktober 1948 auf 1 550 Mill. DM. Der Wechselbestand hat sich weiter erhöht. Er betrug am 7. Oktober 220 Mill. DM, am 15. Oktober 213 Mill. DM. Damit ist der Wechselbestand nur um 64 Mill. in der zweiten Oktoberwoche gestiegen, gegen 102 Mill. in der zweiten Septemberwoche, wobei allerdings berücksichtigt werden muß, daß am 7. September der Wechselbestand mit 3 Mill. völlig unbedeutend war. Immerhin läßt sich aus dieser Entwicklung erkennen, daß die Geldkontingenzwünsche bei der Länderbank nicht allzu groß sind.

## Weihnachten im Zeichen der Zigarettenknappheit?

Frankfurt. Für den Ankauf von Tabak in den USA wurden von der Marshall-Plan-Vereinbarung 4 Mill. Dollar bereitgestellt. Da diese Tabaklieferungen jedoch eine Verzögerung erfahren haben, rechnet die westdeutsche Zigarettenindustrie damit, daß in den nächsten Wochen eine gewisse Verknappung an Zigaretten eintrifft und für das Weihnachtsgeschäft nicht genügend Zigaretten zur Verfügung stehen könnten. Von den insgesamt 17 000 t Tabaklieferungen erwartet man zunächst als erste Sendung 2 000 t, die bei der gegenwärtigen Zuteilung etwa für 5 Monate reichen würden. Im Januar dürfte dann die zweite und dritte Tabaklieferung, einer Sachverständigenrat, einen Auftrag auf Erstellung eines Schritts im Gebirgsverfahren vergeben, dessen Kosten auf 1 Mill. Dollar veranschlagt werden. Zur Zeit schweben noch Verhandlungen einer Firma des Ruhrgebietes über den Bau eines Stahlwerkes in Norwegen sowie über die Ersetzung verfallender Industrieanlagen in der Türkei im Werte von etwa 30 Mill. DM. Der Abschluß dieser langfristigen Investitionsgeschäfte wird jedoch durch die Unsicherheit der Preisgestaltung erheblich verzögert.

So haben u. a. 21 deutsche Firmen mit einer britischen Firma Verträge auf Lieferung von 122 Mill. Dollar abgeschlossen. Weiter wurden mit der Schweiz Verträge über 10 000 t Nomen-Martin-Stahlwerke im Werte von 1,6 Mill. Dollar und mit Italien über ein Universalwalzwerk im Werte von rund 1 Mill. Dollar geschlossen.

Nach Mitteilung der Industrie- und Handelskammer Essen hat ein Werk ihres Bezirkes einen Vertrag auf Lieferung von 10, Gas- und Nadeln nach Übersee im Werte von etwa 2,5 Mill. Dollar abgeschlossen. Die Saargrubenverwaltung einer Sachverständigenrat, einen Auftrag auf Erstellung eines Schritts im Gebirgsverfahren vergeben, dessen Kosten auf 1 Mill. Dollar veranschlagt werden. Zur Zeit schweben noch Verhandlungen einer Firma des Ruhrgebietes über den Bau eines Stahlwerkes in Norwegen sowie über die Ersetzung verfallender Industrieanlagen in der Türkei im Werte von etwa 30 Mill. DM. Der Abschluß dieser langfristigen Investitionsgeschäfte wird jedoch durch die Unsicherheit der Preisgestaltung erheblich verzögert.

## Außenhandels-Ausgleichskasse

Von der Verwaltung für Wirtschaft wird zur Zeit die Errichtung einer Außenhandels-Ausgleichskasse erörtert, die vor allem der Preisangleichung zwischen den Einfuhren und der Inlandproduktion dienen soll. In Zukunft sollen von dieser Kasse alle Preisdifferenzen im Außenhandel geregelt werden. Bei Waren-Einfuhren, die unter den deutschen Preisen liegen, soll der Importeur die Preisdifferenz zahlen, während die Differenz der Ausgleichskasse gutgeschrieben werden soll. Übersteigt für Importeur die deutsche Inlandpreise, dann zahlt die Kasse den Unterschiedbetrag zu. Die Ausgleichskasse soll sich ohne Zuschüsse selbst erhalten.

In dem Bezirke der Doppelsonne, ihre Außenhandelsbeziehungen zu erweitern, sind in letzter Zeit verschiedene Handelsverträge zum Abschluss gelangt. So konnte fast die erste Handelsabkommens mit Italien, und zwar mit Wirkung vom 1. Oktober, abgeschlossen werden. Dieses Abkommen sieht den Einfuhr von Waren im Werte von 12,5 Mill. Dollar und Einfuhren in der gleichen Höhe vor. Die Doppelsonne soll hauptsächlich Elektroinstrumente, Stahlkonstruktionen, Maschinen, Chemikalien, optische Instrumente, Schuhe und Lederwaren ausführen und dafür Spielzeuge, Gläser, Getriebe, Haut, Felle und Eier ausführen.

Auch mit Ägypten wurde ein Handelsvertrag abgeschlossen. Das Warenabkommen wurde mit 2,5 Mill. Dollar festgelegt. Ägypten soll in erster Linie langfristige Baumwolle liefern. Nach dem neuen Handelsvertrag mit Belgien-Luxemburg soll die Doppelsonne Baumwolle, Kohle, Kadmiun, Kupfer, Eisenwaare, Rohstoffe, Radionale, ätherische Öle und Nahrungsmittel zum Export erhalten. Als Gegenleistung sollen nach Belgisch-König u. a. 10 000 000 Dollar Baumwolle für die Empfänger gehen.

Noch in diesem Jahre erwartet man die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Spanien für vor allem Olivenöl, Orangen, Zitronen, Mandeln, Haselnüsse, Fische und Krustentiere soll.

Ferner sollen in der nächsten Zeit noch Handelsverträge abgeschlossen werden mit Argentinien, Brasilien, Bulgarien, Chile, Rumänien, Iran, Albanien, Japans, Vietnam, Brasilien und Peru abgeschlossen werden. Mit dem Staat Israel ist nach einer offiziellen Mitteilung des Missions-Komitees ein Handelsvertrag nicht geplant.

## Lieferverträge

Erfahrungswiese kommt gerade in letzter Zeit verschiedenen Lieferverträge mit ausländischen Firmen abgeschlossen worden.

...eingetragene, weitere 5 000 t sollen noch folgen. Überdies sollen 14 500 t Fische aus Belgien, Holland und Dänemark, Milchpulver aus Kiew aus Dänemark, Kakao und Kakagetränke aus Großbritannien und Belgien, Fett aus Luxemburg und Fruchtsaft aus Holland eingeführt werden. Schließlich ist die Doppelsonne nach dem Verteilungsplan des Notenaumlaufes 1949 t Kabakhojen aus Britisch-Westafrika, Brasilien und Französisch-Westafrika erhalten.

Von europäischen Saatgutfirmen wurden Lieferungen für Feld- und Gemüsepflanzen im Wert von 3 Mill. Dollar gesamt. Damit wurden bisher für 1948/49 von der Doppelsonne Saatgutlieferungen im Wert von mehr als 19 Mill. Dollar abgeschlossen.

Die diesjährige Kartoffelernte wird auf mehr als 50 Mill. t geschätzt, d. h. etwa 10% zu viel. Die Rübenenernte dürfte etwa 4 Mill. t oder 20% zu hoch betragen. Bei einem Zuckerertrag von 16% ergeben sich 320 000 t Zucker.

## Beschäftigtenzahl

Die Zahl der Beschäftigten ist im dritten Vierteljahr 1948 um 30 000, das sind 2,2%, zurückgegangen. Erlassungen haben hauptsächlich in der Fern- und Landwirtschaft, in der Spielwaren- und Musikinstrumenten-Industrie, den Metallgewerbe und in den Bergbaubetrieben stattgefunden. Davon haben andere Industriezweige, vor allem das Baugewerbe, die Textil- und Maschinenindustrie, Neueinstellungen vorgenommen.

## Wiederaufbaubank genehmigt

Von den amerikanischen und britischen Militärgouverneuren wurde die Errichtung der „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ in der Doppelsonne genehmigt. Die Anstalt soll in Form von mittel- und langfristigen Krediten die für den deutschen Wiederaufbau lebenswichtigen Unternehmungen finanzieren. Sie hat nach einer Mitteilung der Finanzabteilung im Zweifelsfall dem Staat eine Kapitalreserve in Höhe von langfristigen Krediten für besondere Wiederaufbauvorhaben zur Verfügung zu stellen. Kredite werden nur gewährt, wenn andere Institute die erforderlichen Mittel nicht aufbringen können.

Das Kapital der Anstalt soll eine feste Summe von 1 Mill. DM betragen, das je zur Hälfte von der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und von den Ländern aufgebracht wird als Gegenleistung für die Eigentümernübertragung von Anteilen an der Kreditanstalt. Anleihen bis zu 1 Mill. DM und Schuldverschreibungen in Höhe von einer weiteren Mill. DM sind nach Aufhebung der Finanzabteilung des Zweifelskontrollamtes für Wiederaufbauvorhaben statthaft. Die Kreditanstalt wird nur mittelbar durch das bestehende deutsche Banksystem arbeiten.

Die Wiederaufbaubank ist also noch nicht genehmigt worden. Scharfmerkmale ist in dem Komitee zu der Gründung nicht darüber vorhanden, ob die Bank auch nach der Gelder aus dem Marshallplan zur Bewältigung ihrer Aufgaben erhält. Das war nach dem ursprünglichen Plan die Hauptfinanzierungsquelle. Für die Verwendung der Sparguthaben brauchen wir keine neue Bank und die Ausgabe von Schuldverschreibungen wird nicht so schnell gestartet werden können.

Wir glauben aber doch an der Tatsache der Genehmigung schließen zu

dürfen, daß die Militärgouverneure, die sich die Verfügung über die Marshallgelder bisher vorbehalten haben, sich dieses Rechts begeben und der Bank tatsächlich die Einnahmen daraus überlassen. Immerhin ist aber dann zu vermuten, daß wir doch nicht ganz Herr über diese Bank sind, sondern daß vor allem in der Verwendung der Mittel entweder durch direkte Anweisungen der Militärgouverneure oder auf dem Umweg über ein Verwaltungsorgan Einfluß genommen wird. Das ist unverständlich, das gute Recht der Militärgouverneure, denn es ist ja praktisch ihr Geld. Das Verfügungsrecht darüber kann man aber nicht bestreiten. Schlimm ist nur, daß wir in Deutschland zu wenig eigenes Kapital haben und die Spargeldverteilung viel zu gering ist für den ungeheuren Kapitalbedarf. Man wird sich nicht abwarten müssen, ob diese Wiederaufbaubank mit den Marshallgeldern auskommt oder ob sie zu spät nicht nach Mittel durch Ausgabe von Schuldverschreibungen verschafft. Immerhin ist es möglich, daß man doch endlich etwa 1 Mill. und langfristigen Kredit der so dringend in der deutschen Wirtschaft zehren wird einfließen wird. Viel wird es bestimmt nicht sein und es wird noch eine ganze Zeit dauern, bis er zu fließen beginnt.

## Bayerns Industrieproduktion steigt

Die bayrische Industrie zeigt seit der Währungsreform auf fast allen Gebieten einen erheblichen Produktionsanstieg, der z. B. auf dem Bereich 50,7% und in der metallischen und optischen Industrie sogar 100% gegenüber dem zweiten Halbjahr 1947 beträgt.

Die feilmechanische und optische Industrie wuchs seit der Währungsreform um rund 30%, auf die Bayern-Produktion wert betrug im Juli 5 Mill. DM. Hier ist jedoch die Entwicklung nicht einheitlich. Während sich z. B. die Herstellung von Brillengläsern und photographischen Arbeiten äußerst günstig gestaltet, leidet die Medizintechnik und die Erzeugung von wissenschaftlichen Instrumenten unter dem Absatzmangel, der früher Hauptabsatzmarkt der Staat, seit der Währungsreform fast ganz zusammenfiel. Die optische Industrie, deren führende Firmen, die Rodenstock-Werke, heute monatlich etwa 600 000 Brillengläser herstellen, und somit der größte Hersteller und Schleifer von Brillengläsern in Deutschland ist, genießt noch immer ihren auf Qualität begründeten Ruf. Von den 14 bayrischen Kamerafirmen sind Agfa und Leica am bekanntesten.

Die Metallwerkzeugindustrie, die besonders im Alltag beheimatet ist und deren bedeutendste Vertreter die Firma Clements Richter in Nassenburg und die bayrische Werkzeugmaschinenfabrik AG in Nürnberg sind, genießt vor dem Krieg den größten Ruf. Heute ist die Produktion noch stark behindert, da es den Firmen vor allem an Baumaterial, Kupferblech und Feinblech fehlt. Fast alle Firmen der optischen und Metallindustrie haben sich wieder in den Export eingeschaltet und der Exporterlös kann auf der Basis des 30-Cent-Kurses im allgemeinen als ausreichend bezeichnet werden.

Die Kapazität der Glasindustrie, die ihre Erzeugung schon vor der Währungsreform beachtlich steigern konnte, wird zur Zeit etwa zu 90% ausgenutzt. Diese Industrie hat mit starken Rohstoffschwierigkeiten zu kämpfen, da es vor allem an Kohle und Soda mangelt. Konkurrenz ist die Produktion namentlich im Nordwesten der Waldschicht und im Westen, Westfalen und Köln, die besonders vorzügliche Flaschen erzeugen werden. Bei Medizin- und Verpackungszwecken überwiegt die Nachfrage bei weitem das Angebot. Die Glaspreise sind namentlich für Tafelglas um etwa 10% gestiegen, was auf die Kohlepreiserhöhung und auf die Erhöhung der Preise der aus dem Ausland benötigten Rohstoffe (Pottasche, Braunschiefer und anderweitige Chemikalien), die rund um das Deutschegebiet sind, zurückzuführen ist.

Die sogenannte Leuchtstoff-Industrie (Erzeugung von verbleibenden Drähten und Drähten mit edlen oder unedlen Überzug von blanken Kupferdrähten und von Kupferdrähten, von harten, weichen, spitzen und Sondern) hat während des Krieges nur wenig Schaden erlitten und ihre Vorkriegskapazität hat wieder erreicht. Von den leuchtenden Drähten, Nürnberg und Roth wird der Vorkriegsexport in guten Durchschnittsjahren auf 6 bis 10 Mill. geschätzt. Die Eisen-Märkte sind heute noch aufnahmefähig, doch sind die wichtigsten Länder in der Lage, Dollarlieferungen zu leisten. Der Großteil der Ausfuhr geht heute in die USA, England, Holland und Ungarn. Die Erzeugung des Exportes ist schon aus dem Grund vermindert, daß nicht viele Eisen, das über die Auslandsmärkte für sich erworben haben dem Export kommt. Dieser Industrie aber auch große Bedeutung für den Inlandmarkt zu, für die Herstellung von Nibergeschäften, Instrumenten, Messen, Kupfergeräten für Telephonie usw.

Eine Stärkung, die sich aber erst in der Zukunft voll auswirken wird, hat die allgemeine Feilmechanik durch die Verlegung der Aktiva-Werke von Berlin nach München erfahren.

Die Schweißindustrie zeigt zwar gegenüber dem Monatsdurchschnitt von 1947 eine Erhöhung um rund 6%, doch liegt der Rückstand immer noch über

# Dunkle Stellen im Arbeitsrecht

Das deutsche Arbeitsrecht fußt auf einer Anzahl von Gesetzen und Verordnungen, die teils vor 1914, teils nach 1914, 1933 und 1945 erlassen wurden. Liegt hierin schon ein wesentlicher Mangel, dem nur durch eine Kodifizierung des gesamten Rechtskomplexes zu begegnen ist, so ist doch auch festzustellen, daß Gesetzgebung und Rechtsprechung miteinander in Einklang stehen, die heute nicht mehr als tragbar empfunden werden. Sache der Landesregierungen ist es daher, jetzt schon diese Mängel auszumachen.

Bekanntlich, seitdem Schwerebeschäftigte, Kriegsversehrte der Stufe II und andere, sowie Invaliden gleichgestellt nach dem Schwerebeschäftigtengesetz einen Kündigungsschutz genießen, ist ihnen nur mit Zustimmung der übergeordneten Betriebsstelle gekündigt werden darf. Dies gilt nicht, wenn ein wichtiger Grund zur sofortigen Lösung des Arbeitsverhältnisses vorliegt. Nun können gewerbliche Arbeiter nur aus den in § 123 der Gewerbeordnung ersetzten aufgelisteten Gründen ohne eine Einhaltung einer Kündigungsfrist, also fristlos, arbeitsvertraglich, oder nach dem Arbeitsvertrag, mindestens auf 4 Wochen, abgewiesen oder wenn eine längere als 14-tägige Kündigungsfrist vereinbart ist (§ 124 a GWO). Für Schwerebeschäftigte usw. beträgt die Mindestkündigungsfrist 4 Wochen. Infolgedessen können die genannt-

Personengruppen stets aus 1 oder 2 wichtigen Gründen, also über die Bestimmungen des § 123 der GWO hinaus, fristlos gekündigt werden, während nicht unter das Schwerebeschäftigtengesetz fallende gewerbliche Arbeiter in der Regel nur aus den in § 124 der GWO aufgeführten Gründen ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist entlassen werden können. Der Nachteil, der nicht schwer Beschäftigte gegenüber dem schwer Beschäftigten genießt, dabei im Rahmen der Gewerbeordnung einen stärkeren Kündigungsschutz als die Opfer des Krieges und der Arbeit. Dieser Gedanke ist zu absurd, als daß er in Form gesetzlicher Vorschriften nicht nur einen Tag länger als nötig aufrecht erhalten werden dürfte. Dabei wäre die Korrektur so einfach, wie möglich: § 124 a der Gewerbeordnung wird im Gesetzwege für die Personengruppen des Schwerebeschäftigtengesetzes als für nicht anwendbar erklärt.

Viel Staub werben auch die im Handelsgesetzbuch, in der Gewerbeordnung und anderwärts enthaltene Bestimmungen auf, wonach bei Verletzung der Dienstleistung durch anhaltende Krankheit eine fristlose Entlassung zulässig ist. Das soziale Bewußtsein unserer Zeit läßt diese solche Anschauung einfach nicht mehr zu. Unsere Einstellung zu diesem Problem läßt sich an einer Kündigung während einer Erkrankung ohne Rücksicht auf den Kündigungsgrund als unbillig und damit

als unbillig erscheinen. Gewiß, die Arbeitnehmer sind während ihrer Erkrankung im Gewisse der Leistungen der Krankenkassen, bzw. wenn es sich um Angestellte handelt, dem Gehälter in der Regel auf die Dauer von 6 Wochen. Da eine Kündigungsfrist jedoch nach geltendem Recht auch während einer Krankheit läuft, steht der Gewerkschaft oft Arbeitslos in einer Situation, die wir uns in diesen Wirtschaftsjahren unendlich selten einfach nicht leisten können. Auch hier eine einfache Lösung: Ein gesetzliches Verbot der Kündigung während der Erkrankung des Arbeitnehmers. Damit wäre beiden Fällen ein Recht vorgezogen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage der Wiedereinstellung des Gehalteten im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Während für die unter das Handelsgesetzbuch und die Gewerbeordnung fallenden Angestellten der Anspruch auf Wiedereinstellung auf eine bestimmte Dauer unabdingbar ist, erfüllt diese Einweiskung für die unter das BGB fallenden Angestelltengruppen. Hier können diese, an sich nach § 418 BGB gewerkschaftsrechtlich Ansprüche durch Vereinbarung Tarifvertrag, Einzelarbeitsvertrag oder Dauer nach beiderseitiger Zustimmung zu einer wechselseitigen Beschäftigung der Angestellten im Falle der Erkrankung, die für alle Wirtschaftszweige gleich lautend sind, eine Regelung, die für den Urlaub der Jugendlichen überaus günstig getroffen wurde. Eine ähnliche Regelung müßte für das Gebiet der Kündigungsgesetze getroffen werden. Für Angestellte sind die Kündigungsfristen im allgemeinen genügend ausgebaut und auch einheitlich. Im Arbeitnehmer dagegen findet man eine Unbilligkeit, die jeder Beschäftigte spürt. Gewiß, die Kündigungsfristen können im Hinblick auf die Verschiedenartigkeit der zu leistenden Arbeiten nie ganz einheitlich sein. Im

allgemeinen sollte aber bei vergleichbarer Arbeit eine einheitliche Frist festgelegt werden. Aufkündigungsfristen aber von 4 Stunden (z. B. wie sie in einer Reihe von Bauarbeiten noch enthalten sind, sollten bei der Wahrung der Bahndienste gerade der Wartungsarbeiten in heutiger Zeit nicht mehr festgelegt werden. Auch die Regelung der Familienzuschläge bedarf einer Korrektur. Während eine Reihe von Tarifverträgen keine Sozialzuschläge kennt, werden solche in der für öffentlich-rechtliche Betriebe geltenden Tarifverordnung in einer Höhe gewährt, die die Arbeiter der privaten Betriebe vor Staunen stumm macht. Hier muß eine Angleichung erfolgen, wenn unerwünschte Spannungen vermieden bleiben sollen. Eine Regelung bedarf auch das immer wieder auftretende Problem der Urlaubsdauer während der Kurzarbeit. Die Rechtsprechung trägt immer mehr das Gewicht, die Ausfalltage als Urlaubstage anzusehen. Dieser Standpunkt hat seine Berechtigung bei Vorliegen arbeitsfreier Tage infolge anderweitiger Freisetzung der Arbeiter. In diesen Fällen bleibt auch der arbeitstfreie Tag Arbeitszeit und muß daher als Urlaubstag anerkannt werden. Bei echter Kurzarbeit liegt die Problemstellung aber wohl anders, mindestens hinsichtlich des Urlaubsentgeltes. Nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts, der sich die meisten Urteile der Landesarbeitsgerichte anschließen, haben betrag die Urlaubstage nicht mehr, als was der Urlaub nehmende Arbeiter oder Angestellte in der Zeit seines Urlaubs verdient hätte, wenn er im Betrieb geblieben wäre. Dies bedeutet bei echter Kurzarbeit eine teilweise sehr lächerliche Kürzung des Urlaubsentgeltes. Hier müßte auf dem Wege eines Urlaubsgesetzes eine entsprechende Regelung getroffen werden. Interessant ist, daß Hessen in dem Gesetz vom 29. 3. 1947 ausdrücklich bestimmte, daß der Urlaub als Urlaubentgelt der Betrag erhalten muß, den er bei Vollarbeit hätte. Das württembergische

**RUHR-  
KOHLENFÖRDERUNG**

Inschließlich Ausbeuer und überbührender Beweuer

**Tagesdurchschnitt in 1000 t**

235.000 t	235.000 t
...	...
3. Halbjahr 1947 ... 244,2 t	
1. Halbjahr 1948 ... 265,2 t	
3. Vierteljahr 1948 ... 289,6 t	
Monat Oktober ... 301,7 t	
1. November ... 329,8 t	

badische Urlaubsregelung enthält dagegen keine diesbezügliche Bestimmung. Es liegt auf der Hand, daß eine dringlich unterschiedliche Behandlung des Problems zu Spannungen führen müßte. Das Erfordernis, ein einheitliches Arbeitsrecht zu schaffen, ist klar. Wir haben diese Forderung schon einmal erhoben. Zum mindesten müßten die einzelnen Landesgesetze vor ihrem Erlass miteinander abgestimmt werden. Wir haben so viele Ausschüsse, daß es auf einem Koordinierungsausschuss nicht mehr so leicht werden können kann. Der Gewinn aus einer solchen Maßnahme würde die Arbeit und die Kosten bei weitem aufwiegen. Würde man dann noch die Einrichtung eines obersten Arbeitsgerichts verbunden — was wir ebenfalls schon in Vorschlag bringen — dann wäre endlich die erforderliche Einheitlichkeit des Arbeitsrechts in der Gesetzgebung und Rechtsprechung erreicht, auch wenn die zusammenfassende Kodifizierung des Rechts noch auf sich warten ließe. Daß sich die Arbeitsverwaltung einheitlich ausrichten wird, dafür sind jetzt schon Anzeichen vorhanden. Wir werden zur gegebenen Zeit darauf zurückkommen.

# Börsenbarometer auf „Schön-Wetter“

Es lohnt sich, gerade in diesem Zeitpunkt und einmal außerhalb der Börsenberichte die Entwicklung der Kurse zu beobachten und kritisch zu würdigen. Seit der Entscheidung über die Frankfurter Aktie eine erhebliche Aufwärtsentwicklung in den deutschen Börsen Platz gefaßt. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. In der Woche vor der Entscheidung bewegten Abgaben in festverzinsten Werten bereits Abwärtstendenzen, die bei den Aktien die Abgabebewegung hat aufhalten. Trotzdem können sich die festverzinsten Werten nicht erholen, und, wie unsere Tabelle zeigt, haben die im allgemeinen sinkende Tendenz. Wir haben in dem Bild bei den Pfandbriefen den 4-tägigen Meinung, bei den Obligationen, die 4-tägigen August Thesen herangezogen. Die Wahl ist schwer, aber es ist heute zu sagen, daß die stabilsten

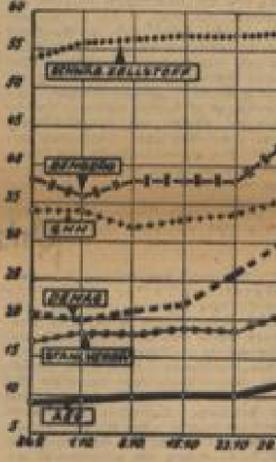
Die feste Stimmung bei den Aktienmärkten begann bereits direkt nach der Entscheidung über die Festknoten. Als Gründe für diese Bewegung sind wohl ganz besonders zwei hervorzuheben: Die günstigen Produktionsberichte aus allen Zweigen der westdeutschen Wirtschaft einschließlich der Feststellung weiter steigender Preise und 2. die Aussagen auf den Demotagschlag. Vorwiegend bleibt nur, daß auch die schwerverindustriellen Werte trotz der abgesehenen Eisenpreisrückgang fest waren, obwohl die Anfang Oktober sinkende Tendenz hatten, worauf wir vor 14 Tagen an dieser Stelle eingegangen sind. Allerdings haben die Kursbesserungen hier noch keineswegs bewirkt, daß die Kurse von Juli wieder erreicht sind. Es ist aber damit zu rechnen, daß sogar diese Werte Anfang November bereits die alten Kurse wieder erreichen.

Die meisten anderen Werte haben durch die neue Aufwärtsbewegung ihren Stand vom Juli weit überschritten. So notierte die AEG Ende Juli noch mit etwa 4% und in der letzten Oktoberhälfte in Frankfurt bereits 11,75%. Damit demselben 18. Juni 26%, Hauptwerke Flüssen demselben 16. Juni bei 24.

Gerade in den Börsen zum Schluß des Oktober sind erhebliche Kursrückgänge nach oben festzustellen. Kursgewinne von 6% und mehr waren keine Selbstenheit. So stieg allein am 29. Oktober in Frankfurt Lindes Eis von 42 auf 50, Salzwerk Hellbrunn von 22 auf 29, Conti Gummi bei sehr lebhaften Umsätzen von 32 auf 38 und Lafmayner von 43 auf 48. Auch die Umsätze sind erheblich gestiegen und haben sich gegen Ende des Oktober fast verdoppelt, gegenüber der Zeit vor 4 Wochen. Es ist sogar anzunehmen, daß die Kursrückbewegungen nicht größer wären, wenn nicht doch schon hier und da ein gewisser Geldmangel festzustellen wäre. Es hat sich nämlich in Börsenkreisen die Ansicht verbreitet, daß die Substanz der Unternehmungen wesentlich größer ist, als in den Kursen zum Ausdruck kommt.

Dies könnte wohl sein, vor allem wenn man bedenkt, daß z. B. von gan-

von Frankfurter Kursstapel nur 3 Papiere über 60% stiegen, nämlich Hauptwerke Flüssen (84) und Salzwerk Hellbrunn (80). Andererseits wird doch immer wieder in den amtlichen Veröffentlichungen davon gesprochen, daß wir etwa 70% unserer Vorkriegsproduktionsleistung erreicht hätten. Danach müßten also die Substanzwerte tatsächlich höher sein, als die Kurse angeben. In der Differenz scheint uns zweierlei zum Ausdruck zu kommen. 1. Die veraltete Umkehrzeit und 2. die hohe Steuerbelastung. Das erste wirkt schwerer als das zweite. Gerade wenn



Wie schnell sich die Substanzwerte im Vergleich zu den Kursen bewegen, zeigt die Tabelle. Mit dieser kleinen Textänderung können heute das alte Studententum mit neuer Tendenz stilieren und würde damit den Nagel auf den Kopf treffen: Denn die heute von den Steuerbehörden so sehr vernünftige Ehrlichkeit der Steuerzahler war in anderer Zeit nicht deswegen vorhanden, weil damals die Menschen besser waren, sondern weil das Wirtschaftsgeschehen in einem ordentlichen Rahmen abläuft. Mit den Worten „frei und ungetrieben“ soll aber nicht der Hemmungslosigkeit, sondern der Freiheit und Unabhängigkeit von allen den Fetters und Hemmungen, die die Wirtschaft immer noch mehr als genug zu tragen hat. Wir dürfen heute nicht zu Stillschreitenden sprechen, weil die Moral der wirtschaftenden Menschen so sehr gesunken ist, sondern weil die Zerstückelung der Wirtschaftslage und die Vergewaltigung durch die Behörden, die in der Wirtschaft Tätigen zur Aufgabe gewisser moralischer Grundätze zwang, wenn er seinen Betrieb und damit seinen Lebens- und Existenzminimum bewahren wollte.

Dieses sollte allen denen beachtet sein, die sich heute mit einer Regenerierung der Steuerernst beschäftigen. Es ist sehr verständlich, daß diese Fragen dem Staat und damit den Finanzbehörden auf den Nägeln brennen. Die Steuern wichtigsten Quellen staatlicher Einnahmen sind. Nun ist die Einnahmeverlängerung nicht einmal ungenügend in den acht Ländern der Doppelzone konnte bereits im August das in Juli auf 300 Mill. DM bestimmte De-

zitat der Haushalte auf 78 Mill. herabgesetzt wurde, ein Erfolg der vorerwähnten und steigende Steuereinnahmen zurückzuführen ist. In Nordrhein-Westfalen wurden im September bereits wieder 247 Mill. DM gegenüber nur 71 Mill. im August dieses Jahres eingestromt. Auch ein Rheinland-Pfalz wird gemeldet, daß die zum Fälligkeitstermin im Oktober eingezogenen Steuerbeträge, die erheblich geringere Juni-, Juli- und Augustumsatzen zum Teil ausgleicht. Hiermit ist eine Entwicklung festzustellen, mit der die Finanzämter durchaus zufrieden sein können. Doch sind diese Stellen der Ansicht, daß die Zahlungen noch weit hinter den nach der Wirtschaftsentwicklung zu erwartenden Einnahmen zurückbleiben. Diese Verursachung wird durch Zahlen erhärtet, denn z. B. in Nordrhein-Westfalen ist die Umsatzsteuer im Monatsdurchschnitt 1947, 66 Mill. betrug im August dieses Jahres bei erhöhtem Umsatzes Umsatztätigkeit und bei höherem Preisniveau aber die gleiche Zahl ergab und im September nur auf 74 Mill. anstieg. Diese geringen Umsätze lassen den Schluß zu, daß dem Fiskus von der Wirtschaft wesentliche Beträge vorenthalten worden sind.

Wie kann nun die Steuermoral am schnellsten und am wirksamsten gehoben werden? Diese Frage ist in der letzten Zeit oft, ausgeprochen worden. Wie bei jedem pädagogischen Akt wird man zwei Möglichkeiten unterscheiden müssen: einmal die „Knüttelmethode“ des wilden Despotismus, wenn der Zügel nicht so hart wie er soll und zum anderen der Versuch, durch Überzeugung die durch einen angemessenen

Strafdruck untermauert sein kann, zum Ziel zu gelangen. Zu der zweiten „sanfteren“ Methode gehört es unserer Ansicht, wenn man, wie bereits geschrieben, den Steuerpflichtigen bei Selbstanzüge Straffreiheit zusichert und wenn andererseits Kontrollmaßnahmen und Steuerbehörden wieder stärker ausgebaut werden. Dabei wird die bessere (qualitative) personelle Ausstattung der Finanzämter keine unbedeutende Rolle spielen. Es bleibt dahingestellt, ob man sich von diesen Aktionen einen gewissen Erfolg versprechen darf.

Bei der besseren personellen Ausstattung der Finanzämter dürfte selbst ein gewisses Risiko angebracht sein, denn es scheint zweifelhaft, ob die für einen erfolgreichen Steuerbehördenausbau notwendigen qualifizierten Kräfte in der nötigen Zahl für den Fiskus verfügbar sein werden, zumal dieser dafür nur verhältnismäßig geringe Gehälter aufzubringen kann. Er läuft sonst Gefahr, daß der ausgebaut Kontrollapparat, das durch ihn ersetzte „Meh“ an Steuereinnahmen selbst wieder auftrifft.

Eine Kontrolle, so wie wir sie bereits erwähnt haben und wie sie bei den Finanzämtern üblich war, halten wir aus Gründen der Gerechtigkeit gegenüber dem zur Steuerpflicht gezwungenen Lohn- und Gehaltsempfänger durchaus für angebracht. Bedenklich scheint es uns allerdings, wenn man heute nicht so sehr wieder von „ersten Konsequenzen“ für den Steuerpflichtigen spricht, sondern weiter „hart und entbehrliche Strafen“ androht, selbst wenn man mit der von uns als „sanfter“ gekennzeichneten Methode nicht den erwarteten Erfolg haben sollte, darf man deswegen noch länger nicht zu gewaltsamen Erziehungsmaßnahmen übergehen. Damit würde wieder ungerichteter Übergriff Tür und Tor geöffnet, denn nicht nur Schieber und Schwarzhandlauer müssen heute gegenüber dem Finanzamt ein schlechtes Gewissen haben, sondern der größte Teil der in der Wirtschaft Tätigen überhaupt. Bei astronomischen Steuerätzen sind die bekannten „Ohne-Rechnungsgeheiß“ nicht mehr Zeichen einer verfallenen Wirtschaftsmoral sondern Zeichen einer verfallenen Wirtschaftsentwicklung und damit Akt der Notwehr für alle, die in subter-Underground leben müssen. Wenn das Oberfinanzpräsident Bremen aber argumentiert, daß Steuerlasten nicht gesenkt werden können, wenn die Erlassung der Steuererlässe nicht in völligem Umfang gewährleistet ist, so stimmt es, daß das Geld zum Schwanz aus wird und es ist der Fall, und man wird Steuerpflichtigen, so wie man es sich bei den Finanzämtern wünscht, weder durch „hart“ noch „entbehrliche“ Strafen erreichen, sondern nur dann, wenn man sich bei entsprechendem „sanfteren“ Kontrollmaßnahmen zu einer richtigen Steueränderung entschließen kann. Eine der wichtigsten Erkenntnisse der Finanzwissenschaft ist, daß der Steuerträger in dem Augenblick, in dem die Steuerhöhe eine gewisse Grenze überschreitet, An diesem einfache Gesetze sollte man sich erinnern, wenn man Steuerpflichtigen Moral beibringen will. Dann wird man im Hinblick auf steigende Steuereinnahmen nicht von einem „gedinghaften“, sondern von einem berechtigten Steueroptimismus sprechen können.

# Am Ausguck: Alles beim Alten

Die große Überraschung dieser Woche sind die Wahlen in den USA gewesen. Noch am Vortag waren sich alle Beobachter darüber einig, daß nur ein Wunder das Sieg Truman herbeiführen könnte. Nun, das Wunder ist geschah. Die USA haben der Welt damit eine neue Sensation gebracht. Wird das Volk der Vereinigten Staaten zwar nicht den Präsidenten selbst, sondern die Mehrheit ihrer Wahlmänner gewählt, die auf dem bisherigen Präsidenten festgelegt waren. Damit ist Truman nach hundert Jahren die höchste Amt der USA gewählt worden, das es bisher nur auf Grund der verfassungsmäßig vorgesehenen automatischen Nachfolge des Vizepräsidenten im Falle des Ablebens des gewählten Präsidenten inussetzt. Wenn der Wahlkörper und sein überschüssige Auszug heute in Europa, in einem Augenblick, in dem die Spannung zwischen den Großmächten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, so ist das bezeichnend für die entscheidende Rolle, die die USA jetzt bei der Bestimmung des Schicksals unseres Kontinents spielen. Die Wiederwahl der Personalität Truman in das Weiße Haus verspricht, daß die bisherige Außenpolitik Washingtons fortgesetzt wird. In den USA wird somit vieles beim Alten bleiben. Während des Wahlkampfes erklärte das so unerwartet geschlagene Präsidentenkandidat Dewey, daß das Gallup-Institut als ständiger Favoriten erfrage: „Wir werden unsere Aufgabe im Weißen Haus mit einer noch nie erlebten Mühseligkeit beginnen. Wenn ich gewählt sein werde, wird es unter dem Regierungsverhalten keine Kommoditäten mehr geben. Wir werden den Glauben des amerikanischen Volkes in das gesprochene Wort seiner Regierung und in

die volle Bedlichkeit ihrer Ziele wiederherstellen.“ Wir glauben, daß diese sehr scharfe Kampfabgabe dafür nicht zu unterschätzen war, daß die Wahlmänner Truman diesen Dewey vorgezogen wurden.

Der Wahlausgang in den USA, der alle Prophezeien der Weltfremden nicht widerspricht, ist zugleich auch Beweis dafür, wie gewagt es heute ist, politische Prophezeien zu stellen. Immer, wenn Begehrten von internationaler Bedeutung eintreffen und hierüber nichts Bestimmtes gesagt werden kann, regelt sich die Welt in den mannigfachen Vermutungen darüber, was sich wohl in der nächsten Zukunft ereignen könnte.

Ein Beispiel dafür, wie in den Zeiten des Nervenkrieges die Mittel der Rede und der Nachricht auf zu wilden Spekulationen und Schlußfolgerungen, gab das Interview, das Stalin in der Moskauer „Pravda“ veröffentlichte. Da der Generalissimus bisher der große Unbekannte der sowjetischen Politik gewesen und er bei manchen Gelegenheiten wesentlich konsultativer, kompromittierter, als seine paragrafenbewussten Gefolgsmänner zu sein schien, überraschte der harte Ton des „Pravda“-Interviews allgemein. Was aufließ und vielerorts Bestürzung hervorgerufen hat, war der unmissbare Ton persönlicher Verleumdung. Das Wort nicht jener Stalin, von dem so viele erwartet hatten, daß er sich einer gewissen Ruhe die Periode einer Krise wieder besänftigt werde, ist ein Kontrast, der bis zum Bruch gehen möchte, in ein erlösendes Gespräch zurückzuführen. Dieses Interview hat auch jene um eine Hoffnung setzen gemacht, die glauben, die Haltung Wjatschkin in Paris und die Politik Scholowski in Berlin seien Aktivität auf eigene Faust. Dies

Ansatz dürfte völlig schweigend gewesen sein. Auch die Deutschen, die in der Regel an den Verhandlungen im Palais de Chaillot etwas wenig Anteil nehmen wie an denen in Bonn, hat das Interview doch mit mehr als gewöhnlichem Interesse aufgenommen lassen, und da werden sich einige von ihnen wohl Gedanken darüber gemacht haben, wie gering der Unterschied im Ton der diplomatischen Sprache des Braunen Hauses von dem und dem Krenel von heute geworden ist.

Interessant sind die internationalen Geistesrichtungen über Stalins Frage- und Antwortspiel auch schon überstanden. Das Ergebnis hat Kühler und schärferer Überlegung Platz gemacht. Man bedauert Überdies, daß man unter dem ersten Eindruck überhebt hat. Die Durchdringung der Stalinschen Beweisführung führte zu dem schmerzhaften Schluß, daß die Worte des Generalissimus nur auf den Haßverleugung hinter dem Eisen. Vergleich bedeutet sein können. Die Westmächte machen um Tag zu Tag Fortschritte und wird demnach durch den Atlantikpakt mit einer für den Krenel sehr unvorteilhaften Rückentwicklung versehen sein. Der Streik in Frankreich, der den UNO-Vertrag um alle Welt gleich dem Keigisten der letzten Panamerika-Konferenz, die kommunistische Macht wirksam demonstrieren sollte, verhindert im Innern dieses still, wie die revolutionären Versuche in der italienischen Armee. Doch aller Rückschau eine Hoff der Marshall-Plan weiter ab. Um das wachsende Schweregewicht des Westens zu stabilisieren zu können, wird der Krenel in stärker oder lockerer Schuß den vielen Millionen solcher Länder doch vielheit Konzeptionen an den Westen mündig und aber neue Anreizungen und Opfer schmachtet machen müssen. Aber Stalin hätte hierfür die benötigten Worte: „Die Völker stimmen sich nur allmähig der Streben des vergangenen Wahl-

trauden und die Macht, die zugunsten des Friedens stehen, sind zu stark, als daß Churchill Schüler mit ihrer Anführerpolitik über sie den Sieg davontragen könnten. Die „Kriegstreiber“ aber werden als „mit einem rühmlichen Sturz enden“. Dem Hauptgegner Churchill ist es bereits gelungen, das Vertrauen seiner Nation und der demokratischen Kräfte der ganzen Welt zu verlieren.“

So steht Stalin alle Schuld für das Scheitern der Bemühungen um die Beilegung des Berliner Konfliktes vor die Tür der Westmächte. Interessant dabei ist allerdings, daß Churchill der einzige ist, den Stalin mit Namen nennt. Wodurch, nach de Gaulle, nach Franco, nach ein Anzeichen werden dafür verantwortlich gemacht, daß die Fesseln zwischen Ost und West bisher noch nicht zusammen kommen konnte. Nur Churchill, von dem es ähnlich steht ist, daß er in diesen heissen Zeit nicht mehr verantwortungselbst sein wird, als ausgedrückt werden, von Stalin genannt zu werden. Warum weißt liegt der Gedanke nicht nahe, daß alle Protagonisten des Westens deshalb nicht älter wurden, weil die Diplomatie der Ostens demnach wieder mit den neuen Mächten des Westens ins Spiel zu kommen gedankt? Nicht nur Truman und sein Außenminister sondern auch Dewey und sein wachsenderer Staatssekretär für südpazifischen Angelegenheiten, Dulles, sind von den Stalinschen Vorwürfen vornehmlich betroffen. Alle hatte der Krenel wohl einen Wähltag von Dewey mit einberufen, doch schiedes schiedes, daß Kalle Krieg weitergeht, in Griechenland, in Palästina, in Indien und in China, wo Millionen kämpfer endgültig in kommunistischer Hand und Marshall-Trübsal gleichheit haben. Nicht mehr so sein hatstrophalen Lage nicht. Selbst dann, wenn die Präsidentschaftswahlen endgültig entschieden sind, ist nicht denkbar zu sein-

nen, daß z. B. das Berliner Problem in kürzester Zeit einer Regelung entgegengeführt werden wird.

England, ehemaliger Außenminister, Aneurin Bevan, sagte einmal, das Sinken des Niveau sei der beachtlichste Faktor der Weltsituation. Wohin es führen kann, wenn der verantwortliche Politiker eines Staates auf dem schmalen Grat zwischen realistischer Einschätzung der modernen Welt und alter revolutionärer Vorstellung wandelt, das haben wir ja schon alle einmal erlebt. Revolutionäre haben es stets für ihr Verrecht gehalten, sich über alle früheren Formen hinwegzusetzen, sozusagen die Füße auf den Tisch zu legen und dem Ton der Agitationen sich verhalten der Diplomatie zu tragen. Die Boltschwenke vor dreißig Jahren waren dabei nicht anders wie die Vertreter der Auslandorganisationen der NSDAP. Jede, wie die auf der Demotagschlag in Belgien und bei den verschiedenen Besprechungen im Zusammenhang mit der Berliner Krise sind Zeugnisse dafür, wie wir zur Zeit die diplomatische Sprache unpolnisch geworden ist. Das Defizit an Manieren, das Krenel konstatierte, ist laßendlich erschreckend groß. Die große Mühe in der Politik steht durchaus modern. Diese negative Seite hin zu weiteren. Zwischen einem Mangel an Manieren auf dem internationalen Parkett und dem Mangel an Moral aber besteht ein laßer Zusammenhang. Gefür als man allgemein annimmt. Denn von der Mithaltung des Partners einer Verhandlung zur Mithaltung der Menschen überhaupt, von der Hemmungslage im Wort zur Hemmungslage im Ton ist nur ein kurzer Weg. Das Gefühl der Verantwortung fehlt auf der einen, wie auf der anderen Ebene. Dann aber können internationale Verpflichtungen schwerlich durchgehalten werden, wenn hemmungslos Verträge einen Mangel an Rechtssinn groß betonen und damit das Vertrauen in den Partner schwer erschüttern.





### Ausland in Kürze

Großbritannien wurde von der Washingtoner Verwaltung für wirtschaftliche Zusammenarbeit ermächtigt, für 4 Mill. Dollar Zusage zu leisten...

Die kanadische Regierung hat auf den von einem Jahr eingesparten 300 Mill. Dollar-Kredit der Weltbank verzichtet...

Ein neues Elektrizitätswerk mit einer Tageskapazität von 600.000 Kilowatt wurde in Kanada eröffnet...

Am Black-Lake in Kanada wurde ein großes Arbeitsvorkommen entdeckt...

Der Reingewinn der kanadischen Eisenbahn ging in den ersten neun Monaten 1948 um 20,4 Mill. Dollar auf 7,6 Mill. Dollar zurück...

Die Zahl der Arbeitslosen in Belgien beträgt 2,2 und 84.000, mit Rückgang auf 1,8 und 60.000 im Juli...

Wegen der in Belgien bevorstehenden Neuprüfung von Müssen bis zu einem Gesamtwert von 600 Mill. Franc dürfen zahlreiche belgische Geldbesitzer aus dem Verkehr gezogen werden...

Belgien führt im ersten Halbjahr 1948 17.000 Personenkraftwagen für 69,7 Mill. Franc ein...

Die RCA-Verwaltung hat Norwegen für den Ankauf von 100.000 bis 150.000 Dollar zur Verfügung gestellt...

Italien soll auf Empfehlung des Internationalen Währungsvereins 20.000 T. R. 12 nach Indien, 10.000 T. nach Brasilien...

Die verstaatlichten tschechoslowakischen Versicherungsgesellschaften zahlen von Januar bis August 1948 Lebensversicherungsprämien in Höhe von 2,2 Mrd. Kr. aus...

Auf Grund des neuen Handelsabkommens mit Pakistan wird die Tschechoslowakei Zins, Baumwolle, Mehl und andere Rohstoffe im Wert von 650 Mill. Kr. einbringen...

Die Beschäftigung in der Textilindustrie Polens belief sich auf etwa 4 Mrd. Zloty...

Im Januar bis Ende September 1948 wurden von der polnischen Odeerschiffahrt 23.000 t Güter befördert...

In Polen werden demnächst 5 weibliche Hochöfen neuer Bauart mit einer Kapazität von je 100 bis 150 t täglich...

Man konnte die in den letzten Tagen beobachteten, als der österreichische Finanzminister und der Präsident der Nationalbank seine Reise nach Washington...

Sofort wurde der Schilling in den Mittelpunkt von allerlei Gerüchten gestellt...

Man konnte die in den letzten Tagen beobachteten, als der österreichische Finanzminister und der Präsident der Nationalbank seine Reise nach Washington...

Sofort wurde der Schilling in den Mittelpunkt von allerlei Gerüchten gestellt...

Man konnte die in den letzten Tagen beobachteten, als der österreichische Finanzminister und der Präsident der Nationalbank seine Reise nach Washington...

# Neue USA-Erdöl-Investitionen

### Große Kapitalanlagen geplant — Erdöl suchte in aller Welt

Der steigende Welt-Ölbedarf, mit dem die Förderung nicht Schritt zu halten vermag, zwingt die Ölindustrie zu außerordentlichen Investitionen für die Erschließung neuer Erdölfelder...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Mehrwahl-Invest.	3 Mrd. Fass
Irak	1 - "
Iran	4,5 - "
Kuwait	12 - "
Saudi-Arabien	-
Insgesamt also	41,5 - "

Die bisher bekannten Vorräte können also einschließlich der derzeit mit 18 Mrd. Fass angegebenen russischen mit insgesamt 67 Mrd. Fass geschätzt werden.

Die Bemühungen der USA zeigen auch die Entwicklung und Ausbreitung der in ihrer Heimatländer legendären Erdölreserven, und zwar nicht zuletzt aus strategischen Erwägungen.

Die in Alaska bei Norman Wells am Mackenzie-Fluss größere Ölfelder vorhanden sind, ist schon seit längerer Zeit bekannt. Aber klimatische und geologische Schwierigkeiten verhielten eine intensive Ausbeute erst der zweite Weltkrieg und die außerordentlich heulige Lage zwang die USA-Meritor, das Projekt in Angriff zu nehmen...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Die Erdölreserven der USA werden auf rund 21 Mrd. Fass geschätzt, in den anderen Gebieten der westlichen Erdhälfte auf 14 Mrd., während die bisher bekannten Vorräte des Mittleren Ostens heute bereits auf 26 Mrd. Fass geschätzt werden...

Indisches Kapital gegenüber sehr mäßigem. Brasilien hat erst in letzter Zeit ausländisches Kapital angefordert...

Auch im Mittleren Osten gibt die Suche intensiv weiter, wobei wieder das USA-Kapital stark engagiert ist...

Die Ölreserven in Nord-West- und Süd-Karpaten können nach allem bisher Bekanntem auf sehr geringfügig sein...

Die Ölreserven in Nord-West- und Süd-Karpaten können nach allem bisher Bekanntem auf sehr geringfügig sein...

Die Ölreserven in Nord-West- und Süd-Karpaten können nach allem bisher Bekanntem auf sehr geringfügig sein...

Die Ölreserven in Nord-West- und Süd-Karpaten können nach allem bisher Bekanntem auf sehr geringfügig sein...

Die Ölreserven in Nord-West- und Süd-Karpaten können nach allem bisher Bekanntem auf sehr geringfügig sein...

Die Ölreserven in Nord-West- und Süd-Karpaten können nach allem bisher Bekanntem auf sehr geringfügig sein...

Die Ölreserven in Nord-West- und Süd-Karpaten können nach allem bisher Bekanntem auf sehr geringfügig sein...

Die Ölreserven in Nord-West- und Süd-Karpaten können nach allem bisher Bekanntem auf sehr geringfügig sein...

ihren glänzenden Phosphat- und mineralischen Ausrüstung die erste Stelle einnehmen werden.

### Deutsche Erdöleinfuhr

Hamburg. In den ersten 9 Monaten 1948 gingen 1,5 Mill. t Mineralöl aus amerikanischen Häfen und 35.900 t im Umkreis der westeuropäischen Häfen in den deutschen Häfen ein...

Die Tatsache, daß die Hydrocrack-Verfahren und die Erzeugung von Dieselkraftstoff in England, Frankreich und Italien...

Wieder britisch-russische Verhandlungen. Nach Meldungen aus London wird der britische Staatssekretär für Übersee...

Restitutionsverfahren. Für die Tschechoslowakei gilt überhaupt alles als grundsätzlich ein Restitutionsverfahren...

Finanz und Wirtschaft. Die Zeitschrift „Finanz und Wirtschaft“ tritt allen Freunden der Finanzwirtschaft...

Wirtschaftsrevue. Die Zeitschrift „Wirtschaftsrevue“ tritt allen Freunden der Wirtschaft...

Wirtschaftsrevue. Die Zeitschrift „Wirtschaftsrevue“ tritt allen Freunden der Wirtschaft...

Wirtschaftsrevue. Die Zeitschrift „Wirtschaftsrevue“ tritt allen Freunden der Wirtschaft...

Wirtschaftsrevue. Die Zeitschrift „Wirtschaftsrevue“ tritt allen Freunden der Wirtschaft...

Wirtschaftsrevue. Die Zeitschrift „Wirtschaftsrevue“ tritt allen Freunden der Wirtschaft...

## Falsche Gerüchte um den Schilling

### Russische Forderungen nach Eisenbahnmateriale

Den bescheidenen Bemühungen der österreichischen Regierung um die Genugtuung der Wirtschaft des Landes wird nicht immer genügend Verständnis...

Man konnte die in den letzten Tagen beobachteten, als der österreichische Finanzminister und der Präsident der Nationalbank seine Reise nach Washington...

Sofort wurde der Schilling in den Mittelpunkt von allerlei Gerüchten gestellt...

Man konnte die in den letzten Tagen beobachteten, als der österreichische Finanzminister und der Präsident der Nationalbank seine Reise nach Washington...

Sofort wurde der Schilling in den Mittelpunkt von allerlei Gerüchten gestellt...

gro, die Zolleinnahmen von 10 Mill. auf 100 Mill. Schilling.

Die russische Forderung nach Eisenbahnmateriale ist ein klarer Rechtsverstoß...

Die russische Forderung nach Eisenbahnmateriale ist ein klarer Rechtsverstoß...

Die russische Forderung nach Eisenbahnmateriale ist ein klarer Rechtsverstoß...

Die russische Forderung nach Eisenbahnmateriale ist ein klarer Rechtsverstoß...

**Schlackenwolle**

das hochwertigste, beste Isoliermaterial für alle Zwecke der Bauwirtschaft...

**Hermannthilf Heyde & Co., Neuwied**

**Phosphorsalzen**

das hochwertigste, beste Isoliermaterial für alle Zwecke der Bauwirtschaft...

**STEFAN MENDEL**

**Zahlungen in der Ostzone**

Hier liefert und in jeder Höhe...

**Wirtschaftstrennblätter**

**Wirtschaftstrennblätter**

Kollate als Teilhaber zu...

**„WIRTSCHAFTSREVUE“**

Bestellschein für einen Probemonat

Liefere Sie mir... die „WIRTSCHAFTSREVUE“

monatlichen Abonnementpreis von **DM 2.30**

CONTINENTAL ECONOMIC REVIEW (Ausg. II) monatl. 1.30

Bestellen Sie hier:

Ort: \_\_\_\_\_

Postfach: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

Bestellen Sie hier: \_\_\_\_\_



Welt-Warenmärkte

Hohes Fett-Defizit

Auf der Welt-Warenmärkte...

Die Welt-Warenmärkte...

Die Welt-Warenmärkte...

Table with 3 columns: Commodity, Price, and Unit.

Table with 3 columns: Commodity, Price, and Unit.

Table with 3 columns: Commodity, Price, and Unit.

Schärfere Anord. der Preise...

Die Welt-Warenmärkte...

Frankfurt: Die Frankfurter Wertpapierbörse...

In- und Auslandsbörsen

Die Welt-Warenmärkte...

Advertisement for Herald Tribune newspaper.

Advertisement for Eisenhewers' own history.

Advertisement for a marriage service.

Advertisement for a 25-year anniversary calendar.